

Abrahamson, G.

Article — Digitized Version

Australische Wirtschaftsprobleme

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Abrahamson, G. (1950) : Australische Wirtschaftsprobleme, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 2, pp. 44-46

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131051>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

hochwertigen Erzeugnissen, z. B. ausgezeichneten Photoapparaten, zu relativ niedrigen Preisen. Auch die Erschließung neuer Rohstoffquellen, die nicht Zahlung in baren Dollars bedingen, geht voran. Eine Handelsmission des SCAP hat in Südamerika Abkommen zum Bezug verschiedener Rohstoffe im Wert von 100 Mill. \$ im Austausch gegen Textilwaren und Maschinen geschlossen.

Bei aller positiven Einschätzung dieser vielfältigen Stabilisierung und Normalisierung muß man doch die Größenverhältnisse im Auge behalten und erkennen, daß es sich um Ansätze und um nicht mehr handelt.

WIE GEHT ES WEITER?

Der vom SCAP entworfene Ausfuhr-Mindestplan fußt auf der Annahme, daß Japan eine Schlüsselstellung in einem gewaltig wachsenden Gütertausch der asiatischen Länder untereinander werde einnehmen können. Nur dann hält man das Mindestziel der Ausfuhr für realisierbar. Früher haben im Asienhandel Japans die Kolonien Formosa und Korea sowie China samt der Mandschurei die entscheidende Rolle gespielt. 1930/34 entfielen auf diese Zone 40 % der gesamten Einfuhr und Ausfuhr. Heute sind es nur 5 % der viel kleineren Ein- und Ausfuhr. Ist der Ausfuhrplan, solange man nur Hoffnungen hegt, aber keinen konkreten Ausweg aus dieser Lage weiß, nicht auf Sand gebaut?

Die Amerikaner meinen, daß einstweilen der Wirtschaftsverkehr mit den nichtkommunistischen Ländern Asiens genug Chancen berge, sofern hier Trumans „Punkt Vier“ zur vollen Auswirkung komme, der in der spannungsreichen Weltlage seinen Charakter wandelt und aus einer bloßen Wegbahnung für private Auslandsinvestitionen zu einer politischen Strategie der Kapitalanlagen wird. Während seiner asiatischen Studienreise hat der amerikanische Sonderbotschafter Dr. Philipp Jessup auf einer Konferenz mit führenden japanischen Industriellen und Finanzmännern erklärt, Amerika selbst habe nicht genug Fachleute zur Entsendung in die unentwickelten Gebiete. Es würden daher japanische Experten Gelegenheit haben, sich in den südostasiatischen Ländern zu bestätigen, für die unter „Punkt Vier“ amerikanische Mittel verfügbar gemacht würden. Das werde auch zu Entwicklung des japanischen Außenhandels

beitragen und antijapanische Gefühle — die übrigens nicht überall so im Vordergrund stehen wie auf den Philippinen — beschwichtigen helfen. Die amerikanische Hilfe werde nicht in Dollars, sondern in Ausrüstungen für Industrie und Landwirtschaft bestehen. Japan selbst gehöre nicht zu den Ländern, für die eine Hilfe dieser Art vorgesehen sei. Zuerst soll in Südostasien der Lebensstandard dadurch gehoben werden, daß mit Hilfe moderner Agrartechnik die Erzeugung von Nahrungsmitteln gesteigert wird. Für Japan, das mit seinen niedrigen Kosten und Preisen der gegebene Lieferant dieser Länder ist, ergeben sich dann neue Absatzmöglichkeiten für Maschinen, landwirtschaftliche Geräte, Chemikalien u. a. m. Aber auch unabhängig vom Truman-Programm verlangt diese Art der Wirtschaftsexpansion Beratung durch ausländische Ingenieure. Indien suchte kürzlich „150 japanische Experten für die Textil-, Maschinen-, Glas-, Elektro-Industrie und andere Zweige“, und die indische Regierung zieht Japaner zu ihrer Planung der Heimindustrien heran.

Wie aber, wenn all diese hoffnungsvollen Ansätze, das japanische Wirtschaftsproblem einzig durch Entfesselung der japanischen Exportkraft zu lösen, doch nicht allein zum Ziele führen? Dann gibt es zwei Auswege: Entweder man bringt Japan dazu, im Geiste der Tokugawa-Zeit seine Volkszahl zu begrenzen, — nur diesmal nicht durch staatlich beauftragte Engelmacherinnen, sondern durch eine freie Werbung für amerikanische Empfängnisverhütungsmittel. Der einzige andere Ausweg wäre die Auswanderung en masse, die zugleich neue Rohstoffquellen und Absatzmärkte für Japan schaffen würde. Im Stabe McArthurs gibt es eine Gruppe, die Millionen von Japanern in den leeren Räumen von Borneo, Celebes, Ceram und Neuguinea angesiedelt sehen möchte. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine Erklärung des indonesischen Außenministers Salim kurz vor der Schaffung der Vereinigten Staaten von Indonesien: Der souveräne Indonesische Bund werde sich an der australischen Ablehnung jeder Einwanderung von „Farbigen“ nicht weiter stoßen, denn er werde über so reichlichen Siedlungsraum verfügen, daß er — neben der Ansiedlung von Javanen — auch noch eine asiatische Einwanderung aufnehmen könnte.

Australische Wirtschaftsprobleme

Dr. G. Abrahamson, London

Mr. Menzies' Koalitionsregierung der australischen Liberalen und der Landpartei hatte sich sofort nach ihrem Amtsantritt mit dem heiklen Problem einer Aufwertung des australischen Pfundes zu befassen. Die Aufwertungsfrage war schon vor der Sterlingabwertung im September akut, wurde damals aber von Mr. Chifley's Labour-Regierung — teilweise aus Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen, teilweise aus Furcht vor einem Tendenzumschwung auf

den Weltmärkten — zurückgestellt und ist auch von Mr. Menzies im Einvernehmen mit seinem Schatzkanzler Mr. Fadden und dessen Landpartei bis zur Commonwealth-Konferenz und dann weiter bis Mitte des Jahres vertagt worden. Eine Aufwertung würde an sich auf der Linie der liberalen Politik einer Hebung der Kaufkraft des £A liegen, wird aber von den am Export von Agrarprodukten interessierten Anhängern der Landpartei nicht gerade begrüßt. Mr.

Menzies und Mr. Fadden würden daher, um ihre Koalitionsregierung nicht sofort einer allzu starken politischen Belastungsprobe auszusetzen, die Aufwertungsfrage gern vertagen, können dies aber kaum wegen ihrer Bedeutung für andere wirtschaftspolitische Entscheidungen. Daß die Aufwertungsfrage einen breiten Raum in der öffentlichen Diskussion einnimmt, ist unter den obwaltenden Umständen nicht überraschend. Wenn aber dadurch die gegensätzlichen Auffassungen der beiden Regierungsparteien in der wichtigen Währungsfrage in scharfem Licht erscheinen, so darf man nicht vergessen, daß zwischen den beiden Parteien der Regierungskoalition und übrigens auch der Labour-Partei in den fundamentalen Fragen der Einwanderung und der Industrialisierung weitgehende Übereinstimmung besteht.

Seit Kriegsende hat Australien große Anstrengungen zur Vergrößerung der weißen Bevölkerung unternommen. Die jährliche Einwanderung stieg von 18 281 im Jahre 1946 auf 65 731 im Jahre 1948, und für 1949/50 rechnet man mit 170 000 Einwanderern, größtenteils verschleppten Personen, da die an sich bevorzugte Einwanderung von Briten ungenügend ist, und in den folgenden Jahren hofft man auf einen noch größeren Zustrom europäischer Einwanderer. Der Einwanderungsminister Calwell nannte im September einen Jahreszuwachs von 2½ bis 3 % bei einer Bevölkerung von 8 Millionen als das — auch von der Koalition gebilligte — Ziel der Regierung. Trotz dieser gewaltigen Einwanderung und nahezu voller Beschäftigung aller Arbeitswilligen — die Arbeitslosen-ziffer liegt unter 1 % gegen 8,7 % im Jahre 1938 — leidet Australien weiterhin an Arbeitermangel, sowohl in der Landwirtschaft, die ständig Arbeitskräfte an die besser zahlenden städtischen Industrien abgibt, als auch in den wenig attraktiven Grundindustrien und für die großzügigen Meliorations- und Konstruktionsvorhaben der Regierung. Wenn der Einwandererstrom in geplantem Umfang anhält, ließen sich diese Lücken, soweit sie nicht qualifizierte Kräfte erfordern, rechnerisch bis Ende 1951 schließen. Nach der Erfahrung des letzten Jahres scheint es aber, daß sich die Einwanderung nur sehr langsam in einen Zuwachs an freien Arbeitskräften umsetzt.

Daran trägt zweifellos die inflationistisch begründete Prosperität der Konsumindustrien Schuld. Die Erzeugung von Verbrauchsgütern für den heimischen Markt ist unter Außerachtlassung normaler Kalkulations- und Wettbewerbsbedingungen auf ein Mehrfaches des Vorkriegsstandes gestiegen. Während sich das Nationaleinkommen bis 1947/48 verdoppelte, gibt es kaum eine verarbeitende Industrie in Australien, deren Erzeugung nicht wenigstens ebenso stark zugenommen hat. Der Maschinen- und Fahrzeugbau, die chemische Industrie, die Elektro-Industrie, die Papiererzeugung und das Buchgewerbe haben eine große Ausdehnung erfahren. Vor allem ist im Bekleidungs-gewerbe eine sehr bedeutende Expansion vor sich gegangen. Diese Entwicklung war bis zu einem gewissen Grade das Ergebnis bewußter Förderung der verarbeitenden Industrie durch die Labour-

Regierung — einer Politik, der die Liberalen völlig und die Landpartei wenigstens grundsätzlich zustimmen —, wäre aber nicht störungsfrei und widerspruchlos vonstatten gegangen, wenn nicht die billigen japanischen Importe zeitweise ausgefallen und Preis- und Kostenfaktoren in den Hintergrund getreten wären. Unterstützt wurde sie auch von führenden britischen und amerikanischen Lieferanten, die, weil sie daheim unter Produktionsschwierigkeiten litten, in Australien Tochtergesellschaften zur Weiterverarbeitung und zum Vertrieb ihrer Erzeugnisse errichteten. Von Produktions- und Erweiterungsvorhaben im Gesamtwert von 146 Mill. £A, die von September 1945 bis Juni 1948 verkündet waren, betrafen 49 Mill. £A britisches und amerikanisches Kapital. Bei fast all diesen Vorhaben handelte es sich um verarbeitende Unternehmen, die Australiens Abhängigkeit von den Rohstoffeinfuhren tatsächlich nicht vermindern und bisher auch Australiens Bedarf an Einfuhrgütern als Ganzes nicht verringert haben.

Daß die Rohstoffherzeugung mit der Ausdehnung der verarbeitenden Industrien nicht Schritt gehalten hat, ist Anlaß zu ernststen Besorgnissen in wirtschaftlich verantwortlichen Kreisen. Die Kohlengruben leiden Mangel an Bergleuten und moderner Ausrüstung; ihre Erzeugung müßte einer Sachverständigenschätzung zufolge um ein Drittel steigen, um den Bedarf zu decken. Die Elektrizitätserzeugung hat sich gegenüber dem Vorkriegsstand nahezu verdoppelt, ist aber noch immer unzureichend, und Mangel an Kohle, Arbeitern und Maschinen behindern auch die an sich sehr billig arbeitenden australischen Eisen- und Stahlwerke sowie die in dem weiträumigen Erdteil wichtigen Eisenbahnen. Auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Erzeugung weisen Gerste, Eier, Kartoffeln und Hafer — durchweg Produkte für den heimischen Markt — sehr viel größere Ertragssteigerungen auf als Zucker und Weizen, deren Produktion 1948/49 um nicht ganz ein Viertel über dem letzten Vorkriegsjahr lag. Die für den Export wichtige Erzeugung von Wolle und Rindfleisch ist nur wenig gestiegen, die von Hammelfleisch liegt sogar unter dem Vorkriegsstand. Außer der Abwanderung von Landarbeitern in die Städte hat Mangel an wichtigen Materialien — Zement, Holz, Draht und Schädlingsbekämpfungsmittel — die an sich erwünschte Produktionsausweitung bisher behindert. Bei voller Beibehaltung des Ziels einer fortschreitenden Industrialisierung wird die Koalitionsregierung unter diesen Umständen geneigt sein, der Grundstoffgewinnung und — angesichts des Einflusses der Landpartei — den der Landwirtschaft dienenden gewerblichen Industrien größere Aufmerksamkeit zu widmen, als dies unter der Labour-Regierung geschah.

Dabei dürfte sie die Unterstützung privater Kapitalisten suchen, die sich bisher durch die Nationalisierungsgefahr abschrecken ließen. Die sofortige Aufgabe der Pläne für die Verstaatlichung der australischen Banken hat zweifellos die Atmosphäre bereinigt. Das Haupthindernis für die Entwicklung der Grundindustrien, der Mangel an Arbeitskräften, sollte mit der Zeit von selbst verschwinden, wenn die weiterverarbeitende Industrie nicht wie bisher alle freien

Kräfte absorbiert. Diese Gefahr ist aber noch immer akut und bleibt es, solange die Prosperität des Landes anhält. Ob es sich bei dieser um eine Scheinblüte oder einen echten Aufschwung handelt, ist eine Frage, die im Wahlkampf eine große Rolle spielte. Man hat es der australischen Labour-Regierung zum Vorwurf gemacht, daß sie — zum Unterschied von ihrer britischen Schwesterpartei — jahrelang unausgeglichene Haushaltsvoranschläge einbrachte, obwohl die fortdauernde Hochkonjunktur eine anti-inflationistische Budgetpolitik nahelegte. Tatsächlich wurden aber die erwarteten Defizite durch überplanmäßiges Anschwellen der Steuereinkünfte verhütet, und die Labour-Regierung konnte auch die hohen australischen Sterlingguthaben in London — annähernd 400 Mill. £A Ende 1949 — und die ständig aktive Zahlungsbilanz als Beweis dafür anführen, daß die vorhandenen inflatorischen Tendenzen weder den Staatshaushalt noch die Zahlungsbilanz noch auch Australiens Kredit gefährdet haben; verursachte doch der Zustrom ausländischen Kapitals (schätzungsweise 130 Mill. £A im Jahre 1948/49) einen stärkeren inflatorischen Druck als irgendein Akt der australischen Regierung, die ihn im übrigen durch Erhöhung ihrer Sterlingguthaben in London größtenteils neutralisierte.

Wenn trotzdem die Inflationsgefahr heute akuter denn je ist und Aufwertungsplänen neuen Auftrieb gibt, so ist dies hauptsächlich zwei Faktoren zuzuschreiben. Der erste sind die hohen Weltgüterpreise, insbesondere für Wolle, Weizen, Fleisch und Buntmetalle. Die Pfundabwertung hat der Rohstoffhaushalt, soweit Australien in Betracht kommt, einen neuen Auftrieb gegeben. Der Sterlingpreis für Wolle ist tatsächlich stärker gestiegen, als es dem Abwertungssatz entspricht, und die australischen Weizen-, Blei- und Zinkverkäufe an die britische Regierung basieren auf den nordamerikanischen Dollarpreisen für diese Waren. Australiens Exporterlöse sind daher im Durchschnitt, soweit sich jetzt überblicken läßt, um die volle Abwertungsrate gestiegen, während sich auf der Einfuhrseite bisher nur die Importe von Treibstoff, Tabak, Zeitungspapier und amerikanischen Maschinen wesentlich verteuert haben. Die Relation zwischen Ein- und Ausfuhrpreisen hat sich also weiter zugunsten Australiens verschoben. Diese Besserung wird natürlich nur so lange anhalten, wie Wolle, Weizen und andere Primärerzeugnisse ihre Preise behaupten. Fallende Exporterlöse für Australiens Agrarprodukte würden der industriellen Prosperität bald ein Ende setzen, und der australische Haushalt ist ohnehin zu sehr angespannt, um Stützungsversuche amerikanischer Stills zu gestatten. Die Koalitionsregierung ebenso wie das Labour-Kabinett vor ihr verläßt sich einstweilen auf die langfristigen Verkaufskontrakte mit der britischen Regierung, doch notiert man mit Unbehagen, daß diese seit kurzem einige Neigung zeigt, die Laufzeit solcher Verträge zu kürzen und Vorkehrungen für eine mögliche Preisabschwächung auf dem Weltmarkt zu treffen, ganz abgesehen davon, daß andere wichtige Kunden, wie Frankreich, Italien, Belgien und Indien sich nie langfristig gebunden haben.

Was das Dollarproblem betrifft, so hat Australien gewisse Abstriche an den Importen amerikanischer Textilien, Metallwaren, Kraftfahrzeuge, Elektrogeräte und auch Tabak und Zeitungspapier vorgenommen, hat aber nach Ansicht Londoner Kreise in dieser Hinsicht noch nicht genug getan. Eine wesentliche Senkung der Einfuhr von Kapitalgütern aus den USA würde die Industrialisierung hemmen und ist deshalb bei den Liberalen nicht weniger unbeliebt, als sie es bei der Arbeiterpartei war. Vorübergehend ist das Problem durch den Kauf von 20 Mill. \$ vom Monetary Fund gelindert worden, aber dieser Betrag ist zu klein, als daß er ins Gewicht fallen könnte, und selbst wenn sich Mr. Menzies und Mr. Fadden für private amerikanische Kreditangebote empfänglicher zeigen als Mr. Chifley und seine Kollegen, ließe sich Australiens ständiges Dollardefizit nicht ohne Hilfe anderer Mitglieder des Sterlingblocks lösen.

Für 1947/48 wurde Australiens Dollardefizit auf laufender Rechnung offiziell mit 73 Mill. £A veranschlagt, während die Zahlungsbilanz insgesamt mit einem Überschuß von 76 Mill. £A abschloß. Seitdem sind die Sterlingguthaben in London, wie bereits erwähnt, weiter gestiegen, während die Dollarposition unbefriedigend bleibt. Technisch ist Australiens Finanzlage weniger gefährdet als etwa die Südafrikas vor einem Jahr, obwohl zwischen den Währungsproblemen der beiden Dominien manche Ähnlichkeit besteht, aber fundamental ist sie weniger günstig, weil Australiens Dollarlücke dauernder, das Anwachsen der Sterlingguthaben dagegen vorübergehender Natur ist.

Eine Aufwertung des australischen Pfundes würde kurzfristigen, unerwünschten Kapitalbewegungen ein Ende setzen, aber auch den Zustrom erwünschter Investitionsmittel beeinträchtigen. Sie würde die Wettbewerbsfähigkeit der australischen Agrarwirtschaft kaum berühren, viele Rohstoffe der verarbeitenden Industrie verbilligen, dennoch aber dem ausländischen Lieferanten einen bedeutenden Vorsprung einräumen. Die relative Senkung der Schifffahrtskosten und anderer „unsichtbarer“ Ausgabenposten sollte Australiens Außenhandel in beiden Richtungen fördern, und Finanzkreise führen als weitere Argumente für eine Aufwertung an, daß das australische Pfund gegenwärtig unterbewertet sei und der nach einer Aufwertung zu erwartende Zustrom billigerer Importwaren die Lebenshaltungskosten senken und so die Forderungen nach Lohnerhöhungen ihrer Grundlage berauben würde, während ohne Aufwertung Groß- und Kleinhandelspreise im Jahre 1950 steigen würden. Das Hauptargument für eine Aufwertung ist, daß sie der einzige erfolversprechende Schritt zur Bekämpfung des inflatorischen Drucks in der australischen Binnenwirtschaft sei. Alle diese Argumente haben aber bisher ihre Wirkung auf die Landpartei verfehlt. Von Seiten der Agrarexporteur wird darauf hingewiesen, daß im Falle eines Absinkens der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf dem Weltmarkt die Aufwertung eine zusätzliche Erlöseinbuße darstellen würde, die der australischen Agrarwirtschaft ohne Regierungsgarantie von Mindestpreisen nicht zugemutet werden könne.